



Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) 07. April 2025*

EU-Kommission bereitet Antwort auf neue US-Zölle vor

Am Mittwoch, dem 2. April, kündigte der amerikanische Präsident Donald Trump neue US-Zölle an, die Einfuhren aus der EU mit einer 20-prozentigen Abgabe belegen und auch andere Handelspartner wie China (34 %), Vietnam (46 %) und Japan (24 %) treffen sollen. Als Reaktion darauf arbeitet die Europäische Kommission derzeit an Gegenmaßnahmen. Als Reaktion auf die US-Zölle auf Stahl und Aluminium hat sie bereits Gegenmaßnahmen in Höhe von bis zu 26 Mrd. € auf amerikanische Waren angekündigt. Ursprünglich war dieses Paket für den 1. April geplant, wurde aber auf Mitte April verschoben, um es an die neuesten Zölle anzupassen. Die ausgesetzten Zölle aus den Jahren 2018 und 2020 auf Produkte von Bourbon bis zu Booten, die 2021 nach einem Waffenstillstand mit der Biden-Regierung ausgesetzt wurden, werden wieder in Kraft gesetzt. Der Umfang des Zollpakets wird nun überprüft, um es an die jüngsten Ankündigungen von Donald Trump anzupassen. In einer Reaktion aus Usbekistan betonte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die Bereitschaft der EU zu Vergeltungsmaßnahmen, drängte auf Verhandlungen und warnte gleichzeitig vor möglichen Auswirkungen auf die Märkte, insbesondere in China. "Wir sind bereits dabei, ein erstes Paket von Gegenmaßnahmen als Reaktion auf die Zölle auf Stahl fertigzustellen. Und wir bereiten uns jetzt auf weitere Gegenmaßnahmen vor, um unsere Interessen und unsere Unternehmen zu schützen, falls die Verhandlungen scheitern", sagte sie. Lesen Sie hier ihre vollständige Rede. Die erste Runde der US-Zölle, einschließlich einer 25-prozentigen Steuer auf Autoimporte, ist bereits in Kraft, und die zusätzlichen maßgeschneiderten Zölle treten am 9. April in Kraft.

EU-Parlament nimmt „Stop the Clock“ Vorschlag im Dringlichkeitsverfahren an

Am Donnerstag, den 3. April, haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments den sogenannten "Stop-the-Clock"-Vorschlag angenommen, der die Termine für die Anwendung bestimmter Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflicht von Unternehmen verschiebt. Der Vorschlag ist Teil des "Omnibus I"-Pakets, das die Kommission Ende Februar 2025 zur Vereinfachung der EU-Gesetzgebung im Bereich der Nachhaltigkeit angenommen hat. Er wird das Inkrafttreten der Anforderungen der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) für große Unternehmen, die noch nicht mit der Berichterstattung begonnen haben, sowie für börsennotierte KMU um zwei Jahre und die Umsetzungsfrist und die erste Phase der Anwendung (für die größten Unternehmen) der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen (CSDDD) um ein Jahr verschieben. Um die Verabschiedung der Maßnahmen zu beschleunigen, stimmte das Parlament am Dienstag, den 1. April, zu, das Dossier im Rahmen seines Dringlichkeitsverfahrens zu behandeln. Um in Kraft zu treten, muss der Gesetzesentwurf nun

vom Rat formell genehmigt werden, der den Vorschlag bereits am 26. März ohne Änderungen gebilligt hatte.

EU-Kommission nimmt DAC7-Durchführungsverordnung an

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch, den 2. April, eine Durchführungsverordnung über die Liste der statistischen Daten angenommen, die von den Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Richtlinie (EU) 2021/514 des Rates (so genannte DAC7) zu übermitteln sind. Der Text legt fest, dass die Mitgliedstaaten vor dem 1. April eines jeden Jahres die statistischen Daten über den obligatorischen automatischen Informationsaustausch, die von den Betreibern digitaler Plattformen gemäß DAC7 gemeldet werden, auf elektronischem Wege an die Kommission übermitteln müssen. Außerdem enthält er in Anhang XV eine Liste von Statistiken, die im Zusammenhang mit gemeinsamen Prüfungen vorzulegen sind. Die Durchführungsverordnung ist verbindlich und gilt unmittelbar in allen Mitgliedstaaten.

Studie des Centre for European Policy Studies (CEPS): EU-Steuer auf digitale Dienstleistungen könnte im Jahr 2026 37,5 Milliarden Euro einbringen

Das Centre for European Policy Studies (CEPS) veröffentlichte am Mittwoch, den 2. April, seine Studie "Towards a European digital services tax: renewing the momentum for a fair contribution", die von der Fraktion der Grünen/EFA im Europäischen Parlament in Auftrag gegeben wurde. Die Studie untersucht die Herausforderungen und politischen Überlegungen zur Besteuerung digitaler Dienstleistungen in der EU. Insbesondere geht sie davon aus, dass eine EU-Steuer auf digitale Dienstleistungen (DST) in Höhe von 5 % auf digitale Werbung, elektronischen Handel, Cloud-Dienste und digitale Medien im Jahr 2026 37,5 Milliarden Euro einbringen könnte (), was auf die rasche Expansion der europäischen digitalen Wirtschaft zurückzuführen ist. Im Vergleich dazu wurden bei der vorherigen EU-DSR von 2018 in Höhe von 3 % nur 4,7 Mrd. EUR an jährlichen Einnahmen für die Mitgliedstaaten erwartet. "Angesichts des stockenden Fortschritts des OECD-Rahmens für die erste Säule ist es entscheidend, dass die EU entschlossen handelt, um sicherzustellen, dass digitale Plattformen einen fairen Beitrag zu den öffentlichen Finanzen leisten. Während die internationale Zusammenarbeit ein wichtiges Ziel bleibt, kann es sich die EU nicht leisten, auf unbestimmte Zeit zu warten, bis globale Vereinbarungen zustande kommen", heißt es in der Studie. In dem Bericht werden auch alternative digitale Besteuerungsmethoden untersucht, darunter eine Mehrwertsteuer auf digitale Transaktionen, eine digitale Betriebsstättensteuer und eine auf dem Bestimmungsort basierende Cash-Flow-Steuer, die jeweils potenzielle Vorteile und rechtliche Herausforderungen mit sich bringen. Angesichts der bisherigen Arbeit der Kommission und der Erfahrungen der Mitgliedstaaten mit ähnlichen Maßnahmen bleibt die DST jedoch die praktikabelste kurzfristige Option, so die Schlussfolgerung des CEPS.

Nächste Sitzung des Unterausschusses für Steuerfragen (FISC) des EU-Parlaments am 24. April. Öffentliche Anhörung: „Die Rolle der Besteuerung dabei, grünen Wandel und Wettbewerbsfähigkeit in Einklang zu bringen“

Die nächste Sitzung des FISC-Unterausschusses ist für den 24. April von 09:00 bis 12:30 Uhr angesetzt. Sie beginnt mit einer öffentlichen Anhörung von 09:00 bis 10:30 Uhr zum Thema "Die Rolle der Steuern bei der Vereinbarkeit von grünem Wandel und Wettbewerbsfähigkeit", bei der es darum geht, wie die Steuerpolitik Umweltziele unterstützen kann, ohne das Wirtschaftswachstum zu untergraben. Im Anschluss daran, von 10:30 bis 11:00 Uhr, werden die FISC-Abgeordneten den ECON-Berichtsentwurf zum Thema "Die Rolle einfacher Steuervorschriften und Steuerfragmentierung für die europäische Wettbewerbsfähigkeit" diskutieren, der von MdEP Michalis Hadjipantela (EVP, Zypern) erstellt wurde. In dem Berichtsentwurf wird betont, dass die EU-Steueragenda der Vereinfachung, Digitalisierung und Zusammenarbeit Vorrang einräumen muss, um ein wettbewerbsfähigeres steuerliches Umfeld zu schaffen. Er fordert die Kommission insbesondere auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen und Wettbewerbsfähigkeitsuntersuchungen für alle neuen Steuervorschläge durchzuführen, um den Verwaltungsaufwand zu verringern und mit den Zielen des Wirtschaftswachstums in Einklang zu bringen.

Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) geht gegen Mehrwertsteuerbetrug in Höhe von 50 Millionen Euro vor

Auf Ersuchen der Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO) in München haben die Behörden drei Verdächtige verhaftet und mehrere Durchsuchungen in Deutschland, Bulgarien und Polen im Zusammenhang mit einem Mehrwertsteuerbetrug in Höhe von 50 Millionen Euro mit elektronischen Waren durchgeführt, teilte die EPPO am Donnerstag, 3. April, mit. Die Durchsetzungsmaßnahmen wurden mit Unterstützung von Steuer- und Strafverfolgungsbehörden in den drei Ländern durchgeführt. Die Verdächtigen sollen an einem grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerkarussell beteiligt gewesen sein, bei dem EU-Steuerbefreiungen für innergemeinschaftliche Umsätze ausgenutzt wurden. Als Teil einer Gruppe der organisierten Kriminalität sollen sie die betrügerischen Operationen über deutsche Missing-Trader- und Pufferfirmen ermöglicht haben. Zwei der drei Festgenommenen wurden freigelassen, nachdem sie mit den Ermittlern kooperiert hatten. Die Ermittlungen dauern noch an und stehen im Zusammenhang mit der "Midas-Untersuchung" der EPPO, die sich auf 17 Länder erstreckt und einen geschätzten Schaden von 195 Millionen Euro verursacht.

Veranstaltungshinweis: ETAF-Konferenz zum Thema „Decluttering EU-Tax-Law“ am 3. Juni in Brüssel



SAVE THE DATE

3 June 2025

ETAF Conference

Decluttering without diluting the EU tax system

13:00 - 16:30 CET

@Renaissance Hotel,
Rue du Parnasse 19, 1050 Brussels

In the last years, the cumulation and frequency of legislative tax proposals generated an always higher reporting burden for taxpayers, their tax advisers and tax authorities. The President of the European Commission Ursula von der Leyen announced her ambition to reduce the bureaucratic burden weighing on companies by 25%.

Since then, “decluttering” has been on every lip and every agenda. The 2025 Work Programme of the European Commission already announced three Omnibus simplification packages. A lot of burden reduction opportunities can actually also be found in EU tax legislation.

What to expect from a possible tax Omnibus simplification package? And how can we ensure a more streamlined and simplified tax framework in the future, while maintaining robust EU standards to combat tax evasion and aggressive tax planning?

The ETAF Conference will bring together EU policymakers, leading academics and tax professionals to explore practical pathways to reduce complexity in the EU tax system while preserving its core principles. Save the date and join us in Brussels for insightful discussions and expert perspectives.

SPEAKERS TO BE ANNOUNCED SOON!

The conference language is English. AI-based simultaneous interpretation in French, German, Romanian, Hungarian and Croatian will be available.
Online participation will also be possible upon registration.

European Tax Adviser Federation AISBL – ETAF
Rue Montoyer 25, 1000 Brussels, Belgium | +32 2 2350-105 | info@etaf.tax | www.etaf.tax

Haftungsausschluss

Der Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)